

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
einen einheitlichen Träger der Krankenanstalten in Oberösterreich**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, mit den zuständigen Trägern der oö. Krankenanstalten in Verhandlungen zu treten, mit dem Ziel, eine einheitliche gemeinsame Trägerschaft der Spitalslandschaft in Oberösterreich unter dem Dach der Oö. Landesholding GmbH zu schaffen.

Begründung

Der Streik der Belegschaft der Ordensspitäler hinsichtlich der momentan stattfindenden Gehaltsverhandlungen beherrscht die Medien. Grund dafür bieten unterschiedliche Gehaltszahlungen in den Spitälern in Oberösterreich. Das ist nicht vertretbar. Es muss der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gelten.

Aus einer gemeinsamen Trägerschaft ergeben sich zahlreiche Vorteile, wie einheitliche Gehaltszahlungen, Einsparungen von Verwaltungskosten aufgrund der Beseitigung der Trägervielfalt oder der Abbau von unnötigen Doppelgleisigkeiten im oberösterreichischen Gesundheitssystem.

Anstatt sich mit einzelnen Problemen, wie der Angleichung der Löhne, auseinanderzusetzen und die Symptome der Trägervielfalt zu bekämpfen, sollte die Ursache behoben und die zersplitterte Trägerstruktur in Oberösterreich durch eine übergeordnete Holdingstruktur bereinigt werden.

Linz, am 4. März 2013

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Schießl, Povysil, Klinger, Wall, Cramer, Lackner, Mahr